

Das »dortmund-project«

WOLFGANG RICHTER

1992 wurde der Stahlsektor des Dortmunder Hoesch-Konzerns unter beschleunigter Zurücknahme lokaler Produktionsziffern und damit zusätzlich beschleunigter Arbeitsplatzvernichtung von der Krupp AG übernommen und mit gleicher Zielstellung wenig später, 1997, mit Thyssen zur Thyssen Krupp Stahl AG (TKS) mehr oder weniger feindlich fusioniert. Damit war klargestellt, dass der Standort Dortmund in rasantem Tempo geschlossen werden würde: Der geplante Arbeitsplatzabbau sah gerade noch den Verbleib von 1.500 Arbeitsplätzen vor. Der erkämpfte Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bedeutete für Teile der noch verbliebenen Beschäftigten allerdings die mit massiven Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen verbundene Umsetzung nach Duisburg. Schließlich wurden detaillierte Übereinkünfte über Ersatzarbeitsplätze abgeschlossen. In diesem Kontext wurde auch der Vorschlag paraphiert, auf Kosten der Thyssen Stahl AG ein Konzept für Ersatzarbeitsplätze in Dortmund zu entwickeln. Damit wurde die Beratungsfirma McKinsey Company beauftragt.

Neben der radikalen De-Industrialisierung des Stahlsektors vor Ort wurden ähnliche Prozesse in den anderen klassischen Branchen des Reviers – Kohle und Bier – durchgesetzt. Bei Bier wurde der letzte große Produzent 2004 freundlich übernommen, die ›harten Einschnitte in den Bestand‹ sind angekündigt.

In Arbeitsplatzbilanzen sind diese ehemaligen Kernbranchen zusammen von ca. 80.000 im Jahr 1970 bis heute auf ca. 4.000 weg-

geschmolzen worden, nicht gerechnet die an ihnen hängenden Nebenbranchen.¹ Von besonderer Bedeutung für die Geschichte des *dortmund-project* sind neben diesen enormen Zahlen auch die ihnen innewohnenden Qualitäten als Arbeitsplätze der klassischen Facharbeiter. Sie, die unversehens die Verlierer der rigorosen Abwicklung der fordistischen Phase wurden, waren in eine Defensive geraten, aus der sie weder lebens-praktisch noch geistig-ideologisch würden herauskommen können. Mit ihnen waren auch ihre klassischen Interessenvertretungen – die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vor Ort – in eine Abwehrposition geraten, die als reine Defensive nicht zu halten war und in den 90er Jahren zu bröckeln begonnen hatte.

DIE STADT ALS INDUSTRIEBRACHE

Der Rückzug des Kohleabbaus und der Koksherstellung aus Dortmund war seit Jahrzehnten angekündigt gewesen und nahezu planmäßig durchgeführt worden. Zuletzt wurde mit der Zeche Hansa im Nordwesten des Stadtgebiets die seinerzeit modernste Abbautechnologie kurz nach der Eröffnung der Anlage geschlossen. Im Vergleich zur Stahlindustrie waren die industriell ausgebeuteten Geländeflächen oberirdisch als Brachflächen eher kleinteilig angelegt worden. Sie sind den Abteufungen folgend als Streuansiedlungen mit von alters her angelagerten Wohngebieten zu finden. Die eigentliche Produktion war untertage unsichtbar geblieben, wenn man von den zahlreichen Senkungen und entsprechenden baulichen und landschaftsökologischen Folgen absieht. So erschienen die unterirdischen Anlagen vernachlässigbar, jeder sinnvollen Nachnutzung entzogen, allenfalls beachtlich wegen erforderlicher Sicherungsmaßnahmen. Oberirdisch wurden die Brachflächen interessant – liegen sie doch in Stadtgebieten, die planerisch durchaus nicht ungelegen sein mussten für kleinere und mittlere Entwicklungsvorhaben. In aller Regel boten sie gute Erschließungen für vergleichsweise überschaubare Flächenvolumen bei ebenfalls noch überschaubarem Aufwand an Rückbau und Bodensanierung.

Ähnliches gilt für die Brachflächen, die mit dem allmählichen Untergang der großen Brautraditionen anfielen. Im Gegensatz zu den Zechen waren die Gründungen der großen Brauereien ursprünglich

nahe an den Stadtkern platziert worden. Deshalb sind sie zu den Teilen, die nicht zwischenzeitlich bereits in verträglichere Lagen im Stadtgebiet ausgelagert wurden, heute unmittelbar in und an der City gelegen. Beide Situationen sind ökonomisch sehr interessant, die Citylagen naturgemäß in weitaus höherem Maß als die weiter draußen liegenden.

Der Rückzug der Stahlindustrie – zuletzt Thyssen Krupp Stahl AG – aus Dortmund hatte, verteilt über das Stadtgebiet, ca. 800 Hektar industriell ausgebeuteter Brachflächen hinterlassen, ober- und unterirdisch durchsetzt mit verrottenden Großanlagen und durchgängig schwer kontaminierten Böden. Diese Brachen sind in der Regel extrem gute Standorte, war doch die lokale und regionale Verkehrsplanung über Autobahnen und autobahngleiche Schnellstraßen ganz massiv und sehr genau auf die Bedarfe der großen Industrie eingestellt worden. Auch die Anbindung an interne und allgemeine Schienensysteme sowie die Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung waren bestens organisiert und sind in großen Teilen noch gegeben. Die Hauptflächen der Brachen sind im Süden die des Werks Phönix, von Westen und Osten das Nebenzentrum Hörde einschnürend, im Nordosten die des Werks Westfalenhütte, zur Stadt hin den Borsigplatz fast berührend, im Westen die des Werks Union, am historischen Hellweg gelegen, dazu die große Vorhaltungsfläche Ellinghausen ganz im Norden des Stadtgebiets und eine Reihe weiterer kleinerer Flächen im Stadtgebiet.

Es sind dies die äußerlich sichtbaren Wundmale aus dem sehr rücksichtslosen, pointiert durchaus krieglerisch zu nennenden Besetzen, Ausbeuten und Zurücklassen einer Stadtlandschaft, deren Ressourcen einst zum Einfallen verlockt hatten und deren Zustand heute Züge dessen trägt, was in anderem Zusammenhang verbrannte Erde genannt wird. Wer diese Stadtlandschaft durchwandert, durchradelt, öffentlich oder privat befördert durchfährt, wird sich die Augen beim Anblick der enormen Flächen in unaufgeräumtem oder gerade in Aufräumung befindlichem Zustand reiben und sich womöglich des Elends von Nachkriegszeiten erinnern, aber auch den Widerspruch der privaten Aneignungen öffentlicher Ressourcen ›in Friedenszeiten‹ erahnen können.

Die dem schnellen Blick hingegen nicht erschließbaren Wundma-

le sind die systemischen gesellschaftlichen Folgen, die sozialen Deprivationen aus den skizzierten Prozessen und die räumlichen Ausgrenzungen. Diese Prozesse hier fast gewohnheitsmäßig nicht zu sehen, hängt auch damit zusammen, dass es ›im Revier immer so war‹ und insofern das Hinschauen nur die alten Bilder zu reproduzieren verspricht.

KLEINE BERATUNG – MODERATION DER LOKALEN POLITIK

Als der ökonomische und soziale Abstieg der Region und der Stadt nicht mehr zu übersehen war, wurde Anschluss an Entwicklungen gesucht, die das Land NRW bereits seit längerem strukturpolitisch verfolgt hatte.²

SPD-Oberbürgermeister Günther Samtlebe, der noch als Hoesch-Angestellter in den Rat und darin ins Amt gekommen war, war ein originärer Repräsentant der fordistischen Koalition des hiesigen *urban regime*³ aus großer Industrie, mitbestimmenden Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis ans Ende der 80er Jahre. Damit bewegte sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre planungs- und entwicklungs-politisch eher wenig, es war eine Phase der Stagnation. Solange Dortmund noch eine Stahlbasis hatte, war dieses Arrangement kaum infrage gestellt worden. Erst als 1997 die letzten Stahlstandorte (Phönix in Hörde und Westfalenhütte in der Nordstadt) von Thyssen Krupp AG endgültig geschlossen wurden, war nicht nur der Weg auf sehr schmerzhaft Weise frei gemacht für eine Neuorientierung, sondern sie war auch unaufschiebbar geworden. Dortmund sollte nun möglichst schnell als Modell für einen erfolgreichen Strukturwandel im Ruhrgebiet entwickelt werden.

Solange der Hoeschianer und IG-Metaller Oberbürgermeister war, konnten die alten, noch fordistisch geprägten ›Besitzstandswahrer‹ glauben, die Entwicklung weiterhin bestimmen zu können. Erst als 1999 im Amt ein Generationenwechsel stattfinden musste, nutzten die Modernisierer die Gelegenheit für einen Personalwechsel. Damit war der Weg frei für einen mit dem Modernisierungskurs kompatiblen Kandidaten – Dr. Gerhard Langemeyer. Als quer einsteigender Kunsthistoriker wurde er Stadtkämmerer. Sein Zugang zur Politik

und zur SPD war somit ein gänzlich anderer als der traditionelle, und zweifellos »offener«, was die anstehende Konkretion des Neoliberalismus vor Ort anbetrifft.

Noch 1997, dem Jahr der Vereinbarungen über die Form des Rückzugs des großen Produktionskapitals und über das Verpflichten der öffentlichen Hand, dessen katastrophische Hinterlassenschaften aufzufangen, war die in der kommunalen Politik bisher eher nachrangige Wirtschaftsförderung als Eigenbetrieb »Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung« (WBF) neu organisiert und mit erheblichen Mitteln ausgestattet worden.⁴

Dieser städtische Eigenbetrieb engagierte das Institut Arbeit und Technik (IAT) des Wissenschaftszentrums NRW für die Studie »Standort mit Zukunftsprofil: Innovationsschwerpunkte in Dortmund«.⁵ Ziel des Kooperationsprojekts aus WBF, IAT, IHK und vier Dortmunder Unternehmen – sie trugen 50 Prozent der Kosten – war es, »die Ausrichtung der wirtschafts- und strukturpolitischen Arbeiten von Verwaltung und Politik in Dortmund auf erfolgversprechende Zukunftspotenziale der Stadt zu lenken und Mitstreiter für eine aktive Modernisierungsstrategie zu gewinnen«.

So erschienen die längst überall debattierten Branchen Software- und Kommunikationsdienste, Mikrotechnik⁶ und Logistik im Ergebnis der Studie unversehens als Dortmunder ureigenste Innovationsschwerpunkte. Neben ihnen wurden noch drei für Dortmund »imagebildende Kompetenzen« ausgemacht und mit Versicherungen, Sport- und Freizeitwirtschaft und zukunftsweisende Infrastruktur mehr oder weniger genau umschrieben.

Methodisch war das Vorhaben mit Blick auf das Erreichen des vorgegebenen Ziels höchst effizient angelegt – es wurden in vorher vereinbarten »Suchräumen« kooperationswillige »Leitunternehmen« und Institutionen befragt. Die Suchräume waren die gleichen wie die dann als Ergebnis präsentierten Innovationsschwerpunkte und imagebildenden Kompetenzen – lediglich im Suchraum Großanlagenwirtschaft wurde nichts Zukunftsträchtiges gefunden. Die so schnörkellos hergestellten empirischen Befunde wurden wiederum im Kreis der Auftraggeber – einschließlich der vier beteiligten Unternehmen – auf Prioritätensetzung, Strategiebildung und Umsetzungsaktivitäten hin beraten. So kann es niemanden erstaunen, dass das

Ergebnis – als Output den Input bestätigend – einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung nur allzu sehr gleicht.

Die sozialdemokratisch-grüne Landesregierung und ihr Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, zu dem das IAT gehört, hatten die alten Wurzeln lange abgestreift und suchten ihren neoliberalen Kurs zu entwickeln. Dies war kein einsamer Prozess, sondern er war in der vertikalen Politikhierarchie einerseits mit Berlin (und wo immer möglich mit Brüssel) und andererseits mit der Region aktiv verknüpft. Es war gewiss kein Zufall, dass es in dieser Zeit auf allen Ebenen dieser Hierarchie mehr oder weniger ›rot-grün‹ zugeht – niemand sonst war so gut geeignet, die in der Durchsetzung des Neoliberalismus erforderlichen Einschnitte in die ›alten Verkrustungen‹ der großindustriellen Moderne zu bewerkstelligen.

Was die skizzierte kleine Beratung anbetrifft: Hat sie mehr als moderiert?

GROSSE BERATUNG – QUANTENSPRUNG DER LOKALEN POLITIK⁷

In unmittelbarer Nähe zur IAT-Untersuchung vergab die Thyssen Krupp AG 1999 den im Rahmen ihrer rigiden Absatzbewegung zugestandenen Auftrag, die Chancen für neue Arbeitsplätze in Dortmund wissenschaftlich zu untersuchen. Der gut dotierte Auftrag – das Honorar von einer Million DM wurde nie öffentlich gehandelt, denn es ging ja um einen Vertrag zwischen Privaten – wurde im November 1999 an die Unternehmensberatung McKinsey Company vergeben, die bisher weltweit eher als arbeitsplatzvernichtend denn als arbeitsplatzschaffend aufgefallen war.⁸ Mit dem Auftrag war die Thyssen Krupp AG aus ihrer Verpflichtung zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Dortmund heraus, versprach doch die Untersuchung viele neue Arbeitsplätze in kürzester Zeit.⁹

Das Ergebnis floss schon ein halbes Jahr später, im Juni 2000, in die Beschlussvorlage für den Rat der Stadt ein. Sie trug den Namen ›dortmund-project«. Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Dortmunds durch gezielten Aufbau von Wachstumsclustern.¹⁰ Sie wurde wie vorgelegt beschlossen. Nur wenige Monate später wurde das *dortmund-project* unter dem Titel ›Das Zukunftspaket. Dortmunds

Sprung in die Informations- und Wissensgesellschaft« publiziert und in alle Welt versandt, um die erhofften privaten Investitionen zu mobilisieren.¹¹

Das Zukunftspaket – der Oberbürgermeister nannte es unabsichtlich treffend einen »Quantensprung in die Zukunft« – ist eine schöne, aber fundamentlose Vision, die Dortmund in zehn Jahren als strahlende Superstadt darstellt, Seite an Seite mit den mächtigsten Wirtschaftsstandorten und den lebendigsten Metropolen in Europa. 70.000 neue Arbeitsplätze ist die Zielzahl für 2010. Fast aus dem Nichts soll Dortmund zum führenden Standort für die Wachstumsbranchen der Zukunft werden. Die heißen New Economy und sollen bestehen aus IT, was für Informationstechnologie steht, e-Commerce, was Handel per Mausclick ist, MST, was Mikrosystemtechnik heißt, und E-Logistik, was die gute alte Güterverteilung ist, jetzt computergestützt.

Der Anschluss an die kurz zuvor abgelieferte IAT-Studie ist unverkennbar – McKinsey Company hat nicht viel mehr gemacht als die dort »erfundenen« Innovations-Cluster neu herauszustellen, ihnen abgewandelte und amerikanisierte Namen zu geben und sie so mit einem Zahlenwerk für 2010 neu zu präsentieren, das exakt die Erwerbstätigenzahlen wiederherstellte, die die Stadt 1970 vor dem einsetzenden Niedergang der ehemaligen Führungsindustrien hatte. Wieder so viel Erwerbstätige wie vor 40 Jahren zu bekommen – ein sinnfällig symbolträchtiges Bild. Es in Auftrag zu geben, war die politische Aufgabe – es zu malen, war die Aufgabe des Künstlers, der hier eine weltbekannte Firma vertrat. Es gehört zum neoliberalen Prinzip des globalen Standortwettbewerbs, für die besondere Aufgabe, für das große »Event«, den Weltstar einzusetzen.

Was braucht es in den Augen der Macher dazu? Public Private Partnership, also öffentliche Mittel und private Investitionen – die Beschlussvorlage setzte 130 Millionen DM eigene Sachmittel für Aufträge des Projekts und ca. 40 Millionen eigener personal- und arbeitsplatzbezogene Sachausgaben gegen 1 Milliarde damit zu erreichender privater Investitionen – offenbar kein großes Problem. Was braucht es noch? *Human resources* für die neuen Führungsindustrien, sicher nicht die entlassenen Industriearbeiter, sondern hochschul- und akademieausgebildete Angestellte und am liebsten Selbstständige, Exis-

tenzgründer, Anwerbungen aus dem In- und Ausland – die Beschlussvorlage sah einen »nicht gedeckten Personalbedarf von bis zu 19.600 IT-Fachkräften« und skizzierte Projektideen zur Deckung dieses Bedarfs – offenbar auch kein großes Problem. Was braucht es noch? Eine *E-City*, das ist eine attraktive Arbeits-, Wohn- und Freizeitmetropole mit Weltstadtflair für die neuen Menschen – die Beschlussvorlage sah »30.000 neue Haushalte durch Zuzüge Erwerbstätiger aus den Bereichen der New Economy-Branche«, und die *E-City* sollte »die Orientierung der Lebensstile der Menschen an den Wachstumsbranchen vermitteln« – auch offenbar kein großes Problem. Alles sollte in zehn Jahren stehen.

Zunächst war das Gutachten der McKinsey Company politisch so geheim behandelt worden, dass es nicht einmal die Ratsmitglieder haben durften, die seine den kommunalen Haushalt für zehn Jahre millionenschwer belastende Umsetzung ohne jede Erfolgsgarantie beschließen sollten. Das Gutachten wurde in den Fraktionsräumen der stadtragenden Parteien verschlossen aufbewahrt und konnte dort auf Wunsch von Fraktionsmitgliedern eingesehen werden – es ist nicht bekannt, ob und wie interessiert dies wahrgenommen wurde.

Die Geheimhaltung hatte gute Gründe, denn die Ausarbeitung hatte ein ernüchterndes Niveau, sie enthielt nicht viel anderes als die 24-seitige Beschlussvorlage für den Rat. Die Annahmen für die Prognose waren hoch spekulativ, die Hochrechnung war widerspruchsfrei geradlinig. Alles würde immer prima klappen – ein schönes Märchen. Weder kamen die regionalen, nationalen oder globalen Wettbewerber in diesem Metropolen-Marketing-Plan vor, obwohl doch seine erklärte Grundlage eben dieser Standortwettbewerb von durchaus mörderischem Elan war. Noch wurden Pleiten, Pech und Pannen als entwicklungs-hemmende Möglichkeiten eingerechnet, für die die großsprecherische Politik der Stadt und ihre ständig ausgedünnte Verwaltung allerdings weithin berühmt sind.

Die Beschlussvorlage für den Rat verrät dieses Niveau unbeabsichtigt: »Die Dortmunder Situation wurde an den bei McKinsey verfügbaren *best practice*-Beispielen gespiegelt, die aussichtsreichsten Branchen wurden hinsichtlich ihrer aktuellen Substanz und Stärke im Bundesvergleich zahlenmäßig bewertet und die Nachhaltigkeit der Wachstumstrends relevanter Branchen einer intensiven Prüfung unterzo-

gen.« Was das Spiegeln Dortmunds mit dem *best practice*-Archiv bei McKinsey Company anbetrifft, wird Dortmund nun wohl auch in dieses Archiv aufgenommen sein.

Die Bürgerinnen und Bürger selbst kamen in der Vision natürlich gar nicht erst vor, weder als Zielgruppe noch als Beteiligte oder gar zu Beteiligende. Das *dortmund-project* richtete sich nicht an sie – Fragen der Planung, der Kontrolle, der Demokratie wurden nicht angesprochen –, alles würde von allein laufen, wie geschmiert im Beziehungsgeflecht von Kapital und Politik.

Dies allerdings braucht viel Konsens-Symbolik. Dafür wurden installiert: ein Projektausschuss, der die Projektleitung beratend unterstützt, aus Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, städtischer Werbeagentur, Planungsdezernat, Thyssen Krupp AG (solange sie mitmachen wollte) und IHK Dortmund; ein Steuerkreis von »Meinungsbildnern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Institutionen der Stadt, der Landesregierung und der Bezirksregierung, der die Aufgabe hat, eine möglichst hohe, breit getragene Akzeptanz für das *dortmund-project* zu erreichen und aufrecht zu erhalten«; ein Kuratorium, das das Projekt »bei der Einwerbung weiterer Sach- und Finanzmittel unterstützen soll«; und eine Dortmund-Stiftung zur »Unterstützung des *dortmund-project*, [...] es gilt, privates Engagement zu bündeln«. Auch ohne die in dieses Cluster von Konsens- und Entscheidungsstrukturen eingebundenen Personen, Clans und Partnerschaften im Einzelnen zu outen, wird ohne weiteres einsichtig, wie das neue *urban regime* sich hier gruppierte und installierte.

Die ersten 10 Millionen kommunale Haushaltsmittel für das Projekt sollten von Mitte 2000 bis Mitte 2001 aus der Förderung des Wohnungsbaus herausgezogen werden, der ganz zufällig heruntergefahren werden sollte. Dieses Finanzierungsmodell sah dann doch zu schlecht aus und wurde, allerdings erst nach heftigen außerparlamentarischen Protesten, zurückgezogen. Projektausschuss, Steuerkreis, Kuratorium hatten kein Problem gesehen.

Wo war eigentlich die große Beratung geblieben? Zeitweise sollen drei Mitarbeiter, gesandt und finanziert von Thyssen Krupp AG, in die Arbeit vor Ort einbezogen gewesen sein. Die wesentliche Leistung war die symbolische – das *dortmund-project* konnte sich national und international als von McKinsey beraten und als zukunftssicher zertifiziert

präsentieren. Hatte die kleine Beratung durch das IAT die Entwicklung in einer frühen Phase wenigstens noch moderiert, so hat die große Beratung durch den Weltstar McKinsey der Entwicklung nur noch seinen Segen gegeben.

Die Funktion der Berater im politischen Mainstream des Neoliberalismus ist das geblieben, was in den Zeiten der fordistischen Moderne die Funktion der damals zumeist technischen Experten gewesen war – das Absichern räumlich scharf eingreifender Planung und baulich rigider Ausführung in privatem Rendite-Interesse gegen das Aufbegehren von Menschen, die nach den Gebrauchswerten vor Ort fragen. Genügte früher die technische Untermauerung (»anders geht es nicht«), wurde später die betriebsökonomische Argumentation bemüht (»anders rechnet es sich nicht«), wurden schließlich gar Wissenschaften eingesetzt (»anderes schlagen die Wissenschaftler nicht vor«), so ist jetzt die Unternehmensberatung direkt vor Ort.

Wie eh und je begleiten die Berater politische Entwicklungen, helfen kritische Fragen zu minimieren und engagierte Widerstände im Keim zu ersticken. Im entwickelten Neoliberalismus ist es ihre Aufgabe, dabei zu sein, wenn Illusionen geweckt und aufrechterhalten werden sollen, wenn lokale Projekte im Wettbewerb der Standorte euphorisiert werden müssen und wenn die örtlichen Eliten gefeiert werden wollen. An alledem verdienen sie, Berater sind Unternehmer – sie machen alles. Wenn sie ein Geheimnis umgibt – dies ist es.

Im Ergebnis ist das *dortmund-project* nach vier Jahren Laufzeit – manche sprechen etwas voreilig, aber plakativ von Halbzeit – bereits gescheitert. Alle Kennziffern offenbaren das Debakel, das nur die lokale Politik, das Standortbündnis, noch nicht sehen will, obwohl die Berichterstattungen vorgelegt und zur Kenntnis genommen werden.¹²

Es wird im Gegenteil noch draufgesattelt. Ein halbes Jahr nach dem Ratsbeschluss zum *dortmund-project* Ende 2000 wurde im Rat der Beschluss gefasst, einen neuen Flächennutzungsplan für »das schnelle Dortmund« aufzustellen. Er soll das *dortmund-project* planerisch sichern, also die nächsten 15 Jahre Stadtentwicklung in dem begonnenen Niveau weiter zu treiben und treiben zu lassen.¹³

Die Berater sind nicht mehr dabei – das kann die städtische Elite um einen allseitig offenen Oberbürgermeister nun auch allein. Aber

das ist eine andere Geschichte, die hier nicht mehr erzählt werden kann.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Hermann Bömer: Ruhrgebietspolitik in der Krise, Dortmund 2000
- 2 Vgl. Markus Wissen: Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen, Münster 2000
- 3 *Urban regime*: das Muster der Interaktion und Kooperation zwischen politischen und ökonomischen Eliten in der Stadt, vgl. Clarence Stone, *Regime Politics. Governing Atlanta*, Lawrence 1989
- 4 Vgl. Hermann Bömer: Moderne kommunale Wirtschaftsförderungspolitik in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Das Beispiel Dortmund, IRPUD Arbeitspapier 182, Dortmund 2004
- 5 Vgl. Institut Arbeit und Technik (Hg.): Dieter Rehfeld/Mag Wompel, Standort mit Zukunftsprofil: Innovationsschwerpunkte in Dortmund. Eine Untersuchung im Auftrag der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund, Gelsenkirchen 1999
- 6 Anstelle des in der Regel benutzten Begriffs Mikrosystemtechnik benutzt die Untersuchung den Sammelbegriff Mikrotechnik wegen seiner »größeren Offenheit für die Einbindung ortsansässiger Unternehmen«.
- 7 Vgl. Gabriele Sturm: Wege zum Raum, 2000, S. 186: »[...] derzeit wird begeistert von Quantensprung in der und der Entwicklung gesprochen, wobei in der Regel ein großer Fortschritt oder eine grundlegende Veränderung gemeint ist. Dagegen verweist der physikalische Quantensprung auf die Diskontinuität von Raum und bezeichnet eine extrem kleine Veränderung.«
- 8 Vgl. u.a. Rainer Steppan: Versager im Dreiteiler. Wie Unternehmensberater die Wirtschaft ruinieren, Frankfurt 2003. Hierin reichlich Material über die Entwicklung von McKinsey Company in aller Welt und in Deutschland, über ihre Auftraggeber, Arbeitsweisen und Arbeitsergebnisse, weniger wissenschaftlich

analytisch als populär geschrieben. Zum Vorhaben in Dortmund findet sich lediglich ein Hinweis im Abschnitt ›Public Sector Consulting‹, S. 192.

- 9 Die Auftragsarbeit von McKinsey Company für Thyssen Krupp AG ist niemals öffentlich dokumentiert worden, obwohl mit ihr eine folgenschwere strukturpolitische Wende in der lokalen Politik begründet und durchgesetzt wurde.
- 10 Stadt Dortmund: Beschlussvorlage für die Sitzung des Rats am 15.6.2000
- 11 dortmund-project (Hg.): Das Zukunftspaket. Dortmunds Sprung in die Informations- und Wissensgesellschaft, Dortmund 2000
- 12 Vgl. Stadt Dortmund: dortmund-project, Jahresbericht 2003, Das neue Dortmund, 2004. Die Zielzahlen des *dortmund-project* für neue Arbeitsplätze in 2010 hatten gelautet: 34.000 in der IT-Branche, 16.000 in der MST-Branche und 10.000 in »bereits etablierten Branchen«, insgesamt 60.000 in den neuen ›Führungsbranchen‹. Die bis 2003 erreichte Zahl der Erwerbstätigen in der IT-Branche ist gegenüber 2002 weiter leicht gefallen und liegt bei 11.600; die Anzahl der Erwerbstätigen in der MST-Branche ist auf 1.660 gestiegen; die Zahl der Erwerbstätigen in der Logistik-Branche ist in der Kernbranche wieder auf 13.000 gefallen. Die realen Zahlen sind nicht vergleichbar, da es sich 2003 keineswegs um neue Arbeitsplätze, sondern um deren jeweilige Gesamtzahl handelt! Womöglich können hier 4.000 neue Arbeitsplätze insgesamt gefunden werden.
- 13 Vgl. Stadt Dortmund: Projektteam Flächennutzungsplan, Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund, Entwurf und Erläuterungsbericht zum Entwurf, Stand April 2004